

"Angebot ohne Nachfrage" - Ungarische Frauen als Bürgerinnen eines EU-Betriebslandes

Pető, Andrea

Preprint / Preprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pető, A. (2003). "Angebot ohne Nachfrage" - Ungarische Frauen als Bürgerinnen eines EU-Betriebslandes. In S. Roth, & I. Miethe (Hrsg.), *Europas Töchter: Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa* (S. 183-203). Opladen: Leske + Budrich. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-72019-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

„Angebot ohne Nachfrage“ — Ungarische Frauen als Bürgerinnen eines EU-Beitrittslandes

Andrea Pet_

Eine meiner Kolleginnen charakterisierte die Repräsentanz von Frauen in der gegenwärtigen ungarischen Politik als „Angebot ohne Nachfrage“¹. In diesem Beitrag gebe ich zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung von Frauenbewegungen in Ungarn. Anschließend werde ich die beiden Faktoren beschreiben, die die Position von Frauen in Ungarn bestimmen: ihre politische Mobilisierung und das Problem der Vollzeitbeschäftigung. Diese Faktoren spielen eine zentrale Rolle für die Einschätzung möglicher Konsequenzen der EU Mitgliedschaft aus einer Geschlechterperspektive.

Ungarische Frauenbewegungen in historischer Perspektive

Die erste Gruppe von Frauenorganisationen (Assoziationen, denen ausschließlich Frauen angehören) entstanden aus der Oberschicht aristokratischer Frauen und gingen der Reformära des frühen 19. Jahrhunderts voraus (ausführlicher siehe Pet_ 2002). Diese ersten wohltätigen Organisationen oder Frauenclubs fungierten als Vorbild für die niedrigeren Gesellschaftsschichten und setzten die Norm, sich für soziale Anliegen zu engagieren. Die Ziele der wohltätigen Gesellschaften wurden innerhalb eines ‚mütterlichen Rahmens‘² konzipiert und betonten die mütterliche, Familien erhaltende Rolle von Frauen. Gleichzeitig verbanden die Frauenorganisationen, die in einem ‚mütterlichen Rahmen‘ organisiert waren, ihre Ziele der sozialen Wohlfahrt mit der Nation und interpretierten die Nation als erweiterte Familie. Die damit etablierte Verbindung zwischen dem mütterlichen und dem nationalen Rahmen stellte sicher, dass Frauenorganisationen eine wohlwollende Aufnahme in den sozialen Schichten fanden, die sozialen Einfluss und Akzeptanz genossen. Zusätzlich ließ sich zur gleichen Zeit eine Zunahme von religiösen Frauenorganisationen beobachten. Deren Zielsetzung war ebenfalls im ‚mütterlichen Rahmen‘ formuliert, aber mit religiösen missionarischen Zielen verbunden.³

¹ Ich danke Gabriella Ilonszki für dieses Zitat.

² Zum Begriff von Rahmungen vgl. Snow et al. 1988.

³ Zur Rolle religiöser Frauenorganisationen vgl. Pet_ 2001a.

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Beteiligung in Frauenorganisationen eine prestigeträchtige Aktivität der oberen Schichten der ungarischen Gesellschaft. Diese ermöglichte die Herausbildung des so genannten revolutionären Typs von Frauenorganisationen: Gewerkschaften sowie Sozialdemokraten, die innerhalb ihres „Gleichheitsrahmens“ weibliche Mitglieder in ihre männlichen Organisationen aufnahmen. Mit der Beamtinnen-Organisation (N_tisztvisel_k) und später der Feministischen Assoziation (Feminista Egyesület) wurden intellektuelle bürgerliche Frauengruppen etabliert. Diese artikulierten ihre Forderungen bis zum ersten Weltkrieg an der Seite einer intellektuellen Avantgardebewegung der Jahrhundertwende, der so genannten ungarischen Progression (Szapor 1984; Zimmermann 1997). Das Ziel der feministischen Frauen war es, die Frauen diskriminierenden Gesetze in Bildung, Beruf und Rechtssprechung abzuschaffen. Im Mittelpunkt stand jedoch der Kampf um das Wahlrecht. Mit der Feminisierung bestimmter Berufsgruppen wurden Forderungen nach „Gleichheit für Differenz“ gestellt und Repräsentantinnen verschiedener Berufsgruppen formten Frauenorganisationen.

Die Geschichte des Frauenwahlrechts in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg ist ein Beispiel dafür, wie sich Forderungen nach Frauenemanzipation innerhalb eines Gleichheitsrahmens und zum Teil auch im „nationalen Rahmen“ manifestieren. Bis zur Bewilligung des ersten partiellen Wahlrechts im Jahr 1918 waren Frauen vollständig von der Parteipolitik in Ungarn ausgeschlossen und auch noch bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrecht im Jahr 1945 wäre es illusorisch, von irgendeiner Form direkten parlamentarischen politischen Drucks zu sprechen, der von Frauen ausgeübt würde (Pet_ 1997, 153-161). Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg brachte innerhalb der Frauenorganisationen Veränderungen an mehreren Fronten. Auf den Erfolg der liberalen Progression folgend⁴ wurde die ‚Frauenfrage‘ auch vom Nationalkonservatismus entdeckt, da ausgewählte Frauen das Wahlrecht erhielten. Eingeschränktes Frauenwahlrecht bedeutete, dass weibliche Parlamentsabgeordnete erst 1920 in Politik und Parlament eintraten. Der ungarische öffentliche Diskurs war von der Forderung dominiert, die Grenzen Ungarns zu revidieren, die im Schloss von Trianon in Frankreich 1920 festgelegt worden waren. Die Organisation von Frauen im ‚nationalen Rahmen‘ wurde aufgrund des verlorenen Kriegs der einzige akzeptable öffentliche Diskurs, so dass der ‚mütterliche Rahmen‘ nur in diesem nationalen Rahmen sein Programm realisieren konnte. Nationale Zugehörigkeit und der revisionistische Kampf führte zur ersten breiten

4 Seit 1895 wurden Frauen z.B. in ausgewählte Zweige der höheren Bildung zugelassen. Im Jahre 1918 wurde Frauen ein eingeschränktes Wahlrecht gegeben.

Frauenbewegung. Innerhalb des nationalen Rahmens, wurde die Frauenbewegung aber aufgrund des ‚mütterlichen Rahmens‘ populär.

Die ‚revolutionären‘ Organisationen überlebten diese konservative Periode, aber ihre Mitgliedschaft nahm ab und sie wurden im öffentlichen Diskurs unsichtbar. Diese Bewegungsmilieus (‚submerged networks‘) (vgl. Taylor 1989) waren typisch für die Aktivitäten sowohl der kommunistischen, als auch der feministischen Organisationen nach den beiden Revolutionen in Ungarn nach 1919. Viele der vorher großen und einflussreichen Organisationen wurden klein und unbedeutend. Zur gleichen Zeit bestand die Mitgliedschaft aus einem kleinen ausgewählten Kreis. Dies ging Hand in Hand mit der für ihr Überleben notwendigen zentralistischen Organisationsstruktur, die sie adoptieren. Die Aktivitäten der ‚Bewegungsmilieus‘ konzentrierten sich primär auf kulturelle Ereignisse.

Um 1914 beteiligten sich Frauen in Ungarn in verschiedenen Typen von Frauenbewegungen. Gewerkschaften, Wohltätigkeits-, Berufs-, Bildungs- und religiöse Assoziationen wurden ebenfalls ein integraler Bestandteil der Zivilgesellschaft. Um 1930 gab es über 14.000 Assoziationen mit mehr als 3 Millionen Mitgliedern von denen ein Drittel Frauenorganisationen waren. Spezifische Fraueninteressen waren auf der Ebene der ‚großen Politik‘ durch den Kampf für das Wahlrecht repräsentiert. Die ‚Vor-Wahlrechts‘ Frauenbewegung (vor 1918) war durch ihre Vernachlässigung von Politik charakterisiert. Diese Assoziationen (wohltätige, Alumni, künstlerische, kulturelle, wissenschaftliche) setzten sich aus einer kleinen Mitgliedschaft zusammen, die sich aus einer bestimmten Region rekrutierte und zuerst darauf abzielte, bürgerliche Familien mit individueller Wohltätigkeit zu unterstützen. Die Frauenassoziationen der ‚Nach-Wahlrechts‘-Zeit unterschieden sich von den vorangegangenen hinsichtlich ihrer politischen Ziele und ihrer Massenmitgliedschaft. Nach dem Fall der ungarischen Bolschewistischen Revolution 1919, setzten die ‚Vor-Wahlrechts‘ Assoziationen ihre Aktivitäten fort, aber der neue Typ von Assoziation veränderte den sozialen Raum für ihre Aktivitäten. Die ‚Nach-Wahlrechts‘ Assoziationen bauten eine starke Beziehung mit dem Staat auf und fungierten in einigen Fällen als ‚Transmissionsriemen‘ zwischen den nationalen Politikern (Pet_ 2001b).

Eine weitere Veränderung nach dem ersten Weltkrieg war das Erscheinen eines ‚Parteirahmens‘. Das Erneuerungsexperiment der Nationalen Einheitsparty (Nemzeti Egység Pártja) und des Christlichen Frauencamps (Keresztény Női Tábor) war es, Frauen zu mobilisieren (Vonyó 1997). Aufgrund der großen Wirtschaftskrise erlangte der Staat im Bereich der sozialen Wohlfahrtspolitik eine zunehmende Bedeutung und die Anzahl der Organisationen ziviler und religiöser Wohltätigkeitsvereine nahm ab, wurde aber nicht völlig überflüssig. Während des Zweiten Weltkriegs war eine Polarisierung der Frauenorganisationen dahingehend festzustellen, wie sehr sie sich mit dem ‚nationalen Rahmen‘ identifizieren. Die Sozialdemokraten

(Szociáldemokrata Párt) traten nach der Deutschen Invasion in Ungarn 1944 – wie auch die religiösen und andere zivile Organisationen – den Organisationen der Bewegungsmilieus bei.

Die Lage nach 1945 sieht zunächst einfach aus (Pet_ 1999a; 1999b): der Zweite Weltkrieg hatte das frühere Netzwerk der Frauenorganisationen ausradiert und mit der Demokratischen Allianz Ungarischer Frauen (Magyar N_k Demokratikus Szövetsége, MNDSZ) war eine Massenbewegung etabliert worden, die Frauen im Interesse kommunistischer Ziele mobilisierte (Pet_ 1998; 2000, 2003).

1945 war das Jahr der Neuanfänge und des Wiederaufbaus, das goldene Zeitalter der Bewegungsmilieus. Die kommunistische Frauenbewegung war sehr aktiv. Sie veröffentlichte sofort ein Programm und etablierte eine Organisation, die von den Frauen beeinflusst wurde, die als emigrierte Kommunistinnen in Westeuropa (z.B. in Paris) gelebt hatten. Die kommunistischen Aktivistinnen unterstützten anfänglich einen starren ‚revolutionären Gleichheitsrahmen‘ der auf die radikale Transformation und schnelle Mobilisierung der ungarischen Frauen abzielte. Bei der ersten demokratischen Wahl von 1945 stellte sich aber die Kommunistische Partei (Magyar Kommunista Párt) als die bei den Frauen unpopulärste heraus. Dies kann folgendermaßen erklärt werden: Nach 1919, dem Fall der ungarischen Räterepublik basierte das Horthy Regime auf anti-sowjetischen und revisionistischen Einstellungen. In den folgenden 25 Jahren staatlicher Propaganda wurde dann die ungarische kommunistische Partei als Marionette der Sowjetunion dargestellt. Die massiven Vergewaltigungen durch Soldaten der Roten Armee gegen Ende des 2. Weltkrieges, trugen ebenfalls nicht zu einer Veränderung der öffentlichen Meinung bei (vgl. Pet_ 1999a). 1945 trat die ungarische kommunistische Partei im Wahlkampf mit einem stark atheistischen Programm an, das bei den meist tiefreligiösen Frauen die Popularität ebenfalls nicht vergrößerte. Aufgrund dieses Wahlergebnisses tauchten wieder einige Elemente des ‚mütterlichen Rahmens‘ im kommunistischen Programm auf, insbesondere in den Kriegsgefangenen-Projekten. Hier wurden Frauen als Mütter und Ehefrauen mobilisiert. Unter Nutzung dieses mütterlichen Rahmens gelang es der ungarischen kommunistischen Partei ihr schlechtes Ansehen bei den Frauen zu verbessern. Es war die Kommunistische Partei, die den Eindruck vermittelte, dass sie es durch ihre persönlichen und politischen Verbindungen erreichen könnte, die Sowjetunion davon zu überzeugen, die 200 000 Kriegsgefangenen heimkehren zu lassen.

Der politische Einfluss von Frauen war in Ungarn durch das allgemeine Wahlrecht gesichert, das 1945 erreicht worden war. Dies erwies sich hinsichtlich der Veränderung der Situation von Frauen bedeutender als jeder andere Faktor. Im Fall der Feministinnen brachten die Taktiken der

Bewegungsmilieus, die so gut in der Zwischenkriegszeit funktioniert hatten, später keine Resultate. Die generelle Demokratisierung des Landes und der Gewinn des allgemeinen Wahlrechts für Frauen im Jahr 1945 bedeuteten, dass der Feminismus an Boden verlor. Generationskonflikte und Schichtunterschiede erschwerten die Kooperation zwischen der Feministischen Assoziation und der MNDSZ, da die Mitglieder der Feministischen Assoziation wesentlich älter waren als die der MNDSZ. Ein weiterer Konflikt beruhte darauf, dass die Führung und die Mitgliedschaft dieser Organisationen aus verschiedenen sozialen Schichten kamen. Das Ziel der Bewegungsmilieus war es gewesen, Ideen lebendig zu halten und tätig zu werden, wenn die Zeit dafür reif war. Aber der Kampf war nun nicht der, den sie zu kämpfen erwartet hatten. Niemand bedurfte der Erfahrungen der feministischen Assoziation. Die Assoziation konnte aber noch eine Zeitlang überleben, aufgrund der zentralistischen Struktur, ihrer Anerkennung als akzeptiertes Bewegungsmilieu und der kulturellen Werten, die sie aufrechterhielt.

Die Frauenassoziation, die innerhalb des ‚mütterlich-nationalen‘ Rahmens organisiert war, wurden nach dem Waffenstillstand von 1945 verboten. Die Aktivitäten der Organisationen im ‚mütterlichen Rahmen‘ wurden reduziert, weil die Mitglieder weder die Zeit noch die Mittel für wohltätige Arbeit hatten. Das soziale Prestige der Verbesserungsarbeit reduzierte sich auf ein Minimum, da die MNDSZ – von der ungarischen Kommunistischen Partei (MKP) unterstützt – nun dieses Feld bestimmte. Mit der Verstaatlichung verschwanden die bürgerlichen und großbürgerlichen Schichten sowie jegliche institutionellen Netzwerke, die irgendwie staatsunabhängig waren, einschließlich unabhängiger Schulen, Krankenhäuser und öffentlicher Bibliotheken.

Um Frauen zu mobilisieren waren zunächst eine Atmosphäre der politischen Passivität sowie die Kontrolle über die Aktivitäten ungarischer Frauenorganisationen notwendig. Die MNDSZ kooptierte die unabhängigen ungarischen Frauenorganisationen und löste sie dann auf. Das umfangreiche Netzwerk der ungarischen Frauenorganisationen musste zunächst zum Verstummen gebracht werden, um ein anderes Wertesystem für die politische Mobilisierung von Frauen aufzubauen. Beides, die Werte und die Strukturen der politischen Aktivität von Frauen wurden durch die neu geschaffenen Massenorganisationen ersetzt. Aufgrund der Datenlage von 1946, unter Ausschluss der großen nationalen Frauenbewegungen, gab es meinen Berechnungen zufolge mehrere Frauenorganisationen mit mehr als 1600 Mitgliedern, die beantragten, ihre Arbeit wieder aufzunehmen zu dürfen. Dekret 1 von 1946 erkannte das unbestrittene Versammlungsrecht der Bürger an. Gleichzeitig, gab ein anderes Gesetz die Verantwortlichkeit für alle Organisationen in die Hände des Innenministeriums, das von der ungarischen Kommunistischen Partei kontrolliert wurde. Das Innenministerium nutzte diese Macht graduell mit dem zunehmenden Einfluss der Polizei um diese

Organisationen zu verbieten. Mit der MNDSZ entwickelte sich eine Organisation, die Frauen organisierte und sie im Interesse politischer Ziele auf die Straße brachte, wie zum Beispiel am 6. Dezember 1946, als es einen berühmten Streik von Hausfrauen gegen steigende Preise gab. Nach 1945 fand die Emanzipation von Frauen in Ungarn ohne die aktive Teilnahme der Frauenorganisationen oder Politikerinnen statt. Die Anzahl der Frauen in politisch hohen Positionen war gering.⁵

Zwischen 1945 und 1947 erließ der ungarische Gerichtshof in einer beispiellosen Maßnahme eben die Gesetze und Regulierungen, die die liberale feministischen und sozialdemokratischen Frauenbewegungen in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts bereits gefordert hatten: Die uneingeschränkte Öffnung der Universitäten für Frauen, die Familiengesetzreform, die Rentenreform, die Regelung der Kinderbetreuung, die Abschaffung von Geschlechtsdiskriminierung in verschiedenen Berufen. Diese rechtlichen Bestimmungen schufen zwar neue Möglichkeiten für Frauen (Pet_ 1998, 2003), die Eliminierung der Zivilgesellschaft und die zunehmende Sowjetisierung Ungarns begrenzten diese Möglichkeiten aber bis 1989.

Der gegenwärtige Status der ungarischen Frauen

Veränderte Erwerbsbeteiligung

Die Vollbeschäftigung von Frauen, war der – im Vergleich zu westlichen Ländern – zentrale Unterschied, der die Position von Frauen im früheren Ostblock beeinflusste. Während der sozialistischen Phase Ungarns stieg die Anzahl der berufstätigen Frauen an. Ursache dafür waren ideologische Gründe, die Kontrolle des Staates, die unbegrenzten Nachfrage nach Arbeit auf Grund des extensiven Muster der Industrialisierung und erzwungene Kollektivierung (vgl. Pet_ et. al 2002). Die niedrigen Löhne erzwangen die Erwerbstätigkeit von Frauen und führten zur Formierung des „Doppelverdiener Modells“. In den 1980ern war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ungarn ähnlich wie in den anderen sozialistischen Ländern höher als in Westeuropa. Allerdings sank sie in Ungarn innerhalb einer sehr kurzen Zeit, während sie in Westeuropa

5 In den Dokumenten der Frauensekretariate der verschiedenen Parteien gibt es keine Hinweise darauf, dass sie irgendwelchen politischen Druck auf weibliche Parlamentsmitglieder ausübten. Die Zahl der Politikerinnen stieg zur Zeit der provisorischen Nationalversammlung von 1944 von ein oder zwei auf zwölf und nach der Wahl im Jahre 1945 auf 14. Bei der 1947 Wahl gab es 22 und 1949 71 weibliche Parlamentsmitglieder. Das waren jedoch lediglich 17% aller Parlamentsmitglieder. 1953 gehörten nur noch 52 Frauen (17%) dem mittlerweile völlig machtlosen Parlament an (Balogh 1975: 57).

anstieg. Ende der 1990er war die Erwerbsbeteiligung von Frauen niedriger als in den meisten Ländern der Europäischen Union. Obwohl schon in den 1980ern Zeichen des Wandels im Arbeitsmarkt zu erkennen waren (Hárs/K_vári/ Nagy 1991), fanden erst nach der Transformation von 1989 beträchtliche Veränderung statt. Im Zeitraum von 1989 bis 1994 sank der Anteil berufstätiger Frauen sowohl in der Landwirtschaft, als auch der Industrie. In der Landwirtschaft reduzierte sich dieser Anteil sogar um zwei Drittel. Lediglich im Dienstleistungssektor ist im selben Zeitraum ein Anstieg um 16% zu verzeichnen.

Tabelle 1.

Frauenerwerbstätigkeit in verschiedenen Erwerbsbereichen, 1989-1995
Angaben in %)⁶

Zeitpunkt	Industrie und Bauwesen	Landwirtschaft	Dienstleistungs- bereich	Alle berufstätigen Frauen
1989	31.3	15.3	53.4	100.0
1991	29.7	13.0	57.4	100.0
1993	26.5	6.9	66.6	100.0
1995	25.0	5.5	69.5	100.0

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ging schneller zurück, als die von Männern: zwischen 1992 und 2000 fiel die Rate um 5.2% bei Frauen und 4.8 % bei Männern. Dieser Rückgang war kontinuierlich bis 1997. Nach einem wirtschaftlichen Aufschwung in den darauf folgenden Jahren stieg die Rate – bei Frauen stärker (um 3% zwischen 1997 – 2000) als bei Männern (1.5%) – wieder an. Diese Veränderungen unterscheiden sich stark nach Altersgruppen. Die Beteiligungsrate der älteren Frauen fiel beispielsweise weit unter das Niveau der Europäischen Union, während die Frauen im Alter von 25 - 54 bald das Niveau der entwickelten Länder der Europäischen Union erreichten.⁷

Für ein Land, das jahrzehntelang an Vollbeschäftigung gewöhnt war, war das schnelle Eintreten von hoher Arbeitslosigkeit vermutlich der bemerkenswerteste Aspekt der Transformation. Arbeitsmarktinstitutionen wurden entwickelt. Im März 1991 verabschiedete das Parlament ein Beschäftigungsgesetz, das ein Paket neuer und alter Maßnahmen beinhaltete. Es wurde ein Arbeitslosengeldsystem entwickelt, Regelungen wurden verändert, Nichtberechtigungszeiten und Bezüge wurden gekürzt.

⁶ Quelle: Labour account, CSO, various years, in: Pet_ et al. 2002b: S. 373.

⁷ Für Details vgl. Nagy 2000.

Als interessantes Phänomen lässt sich auch feststellen, dass während der Transformationsperiode in einigen Bereichen die Frauenarbeitslosigkeit niedriger als die Männerarbeitslosigkeit lag. Das hat nichts mit persönlichen Charakteristika zu tun (z.B. bessere Qualifikation oder Erfahrung etc.), sondern mit den Industriezweigen (und dem Öffentlichen Dienst) in denen die Frauen beschäftigt waren und daher weniger von Entlassungen oder der Auflösung von Betrieben betroffen waren. Obwohl Frauen weniger Gefahr liefen, arbeitslos zu werden, war es für sie schwieriger als für arbeitslose Männer wieder einen Arbeitsplatz zu finden (Nagy 2000). Die Erwerbsrate von Männern erreichte relativ schnell ein niedrigeres Niveau, auf dem sie sich dann aber stabilisierte, während die Frauenerwerbsrate zunächst höher lag, dann aber bis 1997 kontinuierlich zurückging. Seit 1998 stieg die Erwerbsrate von Männern und Frauen an, der Abstand zwischen Männern und Frauen blieb seitdem konstant.

Wie in allen ehemaligen Ostblockländern, wurde die Ideologie der Vollbeschäftigung durch die harschen Mächte der Marktwirtschaft ersetzt. Der Abbau sozialstaatlicher Absicherungen im Transformationsprozess stellte die vorher unhinterfragte Vollbeschäftigung und teilweise die sozialen Institutionen des sozialen Wohlfahrtsstaates in Frage. Benachteiligte soziale Gruppen (Frauen, ungelernte Arbeiter) die vorher erwerbstätig waren, verloren ihre Arbeitsplätze. Die Feminisierung der Arbeit veränderte den Charakter der ungarischen Armut.

Die radikalen Veränderungen die der ökonomischen Transformation 1989 folgten, zeigten, dass es der Frauenemanzipation während des Sozialismus an Konstanz und Inhalt mangelte, da Frauen überall die wahren Verliererinnen des politischen Wandels wurden (Neményi 1996). Aufgrund der Besonderheit der Frauenerwerbstätigkeit hinsichtlich der sektoralen und hierarchischen Positionierung der feminisierten Arbeiterschaft während des Staatsfeminismus, war es sehr wahrscheinlich, dass sie nicht von den neuen ökonomischen Möglichkeiten profitieren würden. In der Folge der ökonomischen Transformation waren Frauen die Verliererinnen: Anzahl und Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen verschlechterten sich, die Familien beschützenden sozialen und politischen Arrangements schrumpften oder wurden abgewertet und starke ‚konservative‘ Kräfte übten Druck aus, traditionelle Rollen von Frauen in der Familie wiederherzustellen. Die politische Frage der Zukunft ist, ob Frauen unter den sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen in der Lage sein werden ihre Interessen zu formulieren und als Interessengruppe zu repräsentieren. Es stellt sich auch die Frage, ob sie ihre Mobilisierungserfahrung und den EU-Beitritt als eine Gelegenheitsstruktur nutzen und ob eine „Nachfrage“ auf Grundlage des „Angebots“ konstruiert wird.

Die ungarische Frauenbewegung nach 1989

1989 folgte die Struktur der Frauenorganisationen in Ungarn dem gleichen Muster wie 1945.⁸ Die Wiedergeburt des Feminismus in Mitteleuropa nach 1989 war generell durch eine Fragmentierung der Frauenorganisationen charakterisiert. Nach den ersten Jahren der Freiheit blieben nur solche Frauenorganisationen bestehen, die irgendwie mit politischen Parteien verbunden waren und es spiegelten sie in den Frauenorganisationen die alten Trennungen politischer Parteien nach dem Kollaps des Kommunismus wieder.

Obwohl der NGO-Sektor Ungarns ständig wächst und seine Assoziationen mehr als 30 Millionen HUF (125 000) an staatlicher Unterstützung als Teil des Einkommens beziehen, ist dieser Bereich insgesamt eher als niedrig einzuschätzen. Allerdings verdoppelte sich die Unterstützung der Organisationen durch lokale Regierungen in den letzten zehn Jahren. NGOs, die bestimmte kommunale Bedürfnisse bedienen, sind also in der Lage lokale Unterstützung zu generieren. Im NGO-Sektor sind zur Zeit 50.000 Vollzeit-Beschäftigte und 28.000 Teilzeit-Beschäftigte tätig, allerdings können sich nur 20% dieser NGOs bezahlte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen leisten (Cz.G. 2000).

Von den 65.000 NGOs, die 1997 im Register des Zentralen Statistischen Büros in Budapest aufgeführt werden, wurden aber nur 60 als Frauenorganisationen bezeichnet (Lévai/ Kiss 1997). Die Liste der ungarischen Frauen NGOs war 1999 entlang der folgenden Linien getrennt: zivil oder religiös, lokal oder national, Wohlfahrtsdienst oder Berufsgruppen. Mitgliedschaftszahlen werden wegen dem kontinuierlichen Kampf um finanzielle Unterstützung nicht veröffentlicht, was bedeutet, dass jede Organisation vitales Interesse daran hat, ihre Mitgliedszahlen geheim zu halten. Die Struktur der Organisationen ähnelt aber immer noch der historischen Struktur der Frauenbewegungen in Ungarn. Die Haupttrennlinie zwischen den zivilen Organisationen ist immer noch die zwischen unabhängigen Organisationen und den halb-zivilen Organisationen, die stark mit politischen Parteien verbunden sind und ihren NGO-Status behalten um andere Finanzierungsquellen für die Unterstützung der Partei offen zu halten. Beispielsweise operiert die Frauenorganisation der Bauernpartei (Smallholders Party) wie eine NGO, hat aber starke institutionelle und personelle Verbindungen mit der Partei. Es gibt allerdings einige wenige neue Aspekte, die die ungarischen Frauen zu mobilisieren scheinen. Diese schließen an die

8 In Periode vor 1989 war es teilweise ein legitimer Bereich akademischer Forschung, Frauen als eine separate soziale Gruppe zu untersuchen. Während der 40 Jahre sozialistischer Chancengleichheit (angeblich für alle) war die Diskriminierung von Frauen mit Staatssozialismus verbunden, nicht mit der Geschlechtsdiskriminierung durch die Forscher.

Debatten um Abtreibung von 1991-1992 und 1999-2000, die Reform des Rentensystems (die das Rentenalter der Frauen erhöhen) und die Regulierung der Prostitution 1999-2000 an. Diese Themen – Abtreibung, Prostitution und das Rentensystem – machten Frauenfragen zum Teil des öffentlichen Diskurses.

Gegenwärtig ist die ungarische feministische Bewegung auf ein sehr enges soziales Spektrum festgelegt. Es setzt sich überwiegend aus intellektuellen Frauen (Soziologinnen, Ökonominnen, Journalistinnen, und einigen Historikerinnen der Altersgruppe von Mitte 30 bis Ende 40) zusammen und ist in Universitätszentren konzentriert. Nach 1989 waren die Frauenforscherinnen Pionierinnen im Aufgreifen fundamentaler Fragen wie Wohnen, Erwerbstätigkeit, wirtschaftliche und sexuelle Rechte, die (Selbst-)wahrnehmung von Frauen, Körperimage, Sexualität, und Medienpräsentation aus einer Geschlechterperspektive. Angesichts der Tatsache, dass Generationen von Frauen ohne die Erfahrung wirklicher politischer Aktivität aufwuchsen, passten sie ihr Leben an die Forderungen und Erwartungen des Staatssozialismus an. Die politische Aktivität von Frauen in den ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts muss vorsichtig und tolerant, aber nachdrücklich sein.

Daher erfuhren Feministinnen, die nach 1989 den Mangel feministischen Bewusstseins in Ungarn zur Sprache brachten, starke Antipathien von anderen Frauen in der Region. Wie im Westen, waren die meisten Frauen, die in Frauenstudien involviert waren, Mitglieder der Intelligenz. Der Unterschied zwischen Ungarn und vielen westlichen Ländern lag in der Stärke der Zivilgesellschaft und der Präsenz eines Netzwerks von Assoziationen und Organisationen im Westen, die von Forscherinnen und Akademikerinnen genutzt werden können – sowohl als Verteidigungsposition als auch als Instrument um soziales Bewusstsein zu stärken. In Osteuropa hat die Abschaffung der Frauenassoziationen und die ‚Gleichschaltung‘ der Frauenbewegungen nicht nur jede Chance auf institutionellen Druck eliminiert, sondern auch zu einem Mangel an Politikerinnen geführt, die in der Lage sind, Fraueninteressen in anderen Feldern zu repräsentieren. Die politische Sozialisation von Frauen fand in den kommunistischen Massenorganisationen statt. Sie lernten die politischen Spielregeln von Männern. Es gab keine anderen Bereiche in denen Politik gemacht oder erlernt werden konnte.

Auf lange Sicht sollte die Entwicklung der ungarischen Frauen NGOs in zwei Richtungen gehen: Erstens den Dienstleistungsbereich zu ersetzen und herzustellen, der von vitalem Interesse für die Verbesserung der Situation von Frauen im politischen und ökonomischen Markt ist; und zweitens, die Kooperation zwischen verschiedenen Strömungen der Frauen NGOs zu erhöhen und dabei politische und thematische Grenzen zu überschreiten. Dies

würde politische Parteien dazu zwingen, Frauen in ihren Programmen als Bürgerinnen anzusprechen, was in einem höheren Niveau der politischen Mobilisierung von Frauen resultieren würde.

Einer der Unterschiede Frauenbewegungen vor und nach 1989 ist die Formierung von Umwelt und Romagruppen. Der steigende Rassismus in der ungarischen Gesellschaft macht die Romabevölkerung sehr verwundbar. Die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft ignoriert das wichtigste soziale und kulturelle Problem des heutigen Ungarn: die kontinuierliche Diskriminierung der Roma. Das Anti-Diskriminierungsgesetz, das von den Oppositionsparteien vorgelegt wurde, wurde 2001 von der ungarischen Regierung zurückgewiesen. Roma Frauen leiden unter einer doppelten Diskriminierung: als Frauen und als Roma, für sie stimmt um so mehr wie für alle Frauen, dass sie ohne eine machtvolle Interessensgruppe, ohne starke soziale Allianzen, besonders exponiert für Diskriminierungen sind. Gegenwärtig bleiben Roma Frauen machtlos, weil ihnen die Unterstützung von starken Roma Intellektuellen fehlt. Die Roma Intellektuellen sind zerstritten und sehr stark an ihre kulturelle Tradition gebunden, die Frauen nicht in Führungspositionen befördern. Einige Trainingsprogramme helfen Roma Frauen im wirtschaftlichen und politischen Leben.

Die Einflussmöglichkeit von Frauen bleibt weitgehend außerhalb des konventionellen politischen Rahmens. Einflussreiche Interessensgruppen und einige NGOs waren nicht in der Lage, den Abstand zwischen ‚großen Politikmachern‘ und den Wählern zu überwinden. Da ungarische Wählerpräferenzen nicht festgelegt sind (25% der Wähler sind ‚unentschieden‘), könnten demokratische Wahlen – wiederum von ‚oben‘ – Fraueninteressen stärken. Die verschiedenen Regierungen erarbeiten Programme im Namen von Frauen, ohne die ansonsten schwache Zivilgesellschaft zu konsultieren und ohne ernsthaften Druck für ihr Frauenprogramm wirklich zur Rechenschaft gezogen werden zu können.

Die Wahlen von 2002 brachten eine vorher nicht bekannte Mobilisierung von Wählern, einschließlich von Frauen. Das ungarische politische System wurde bipolar und die Sozialistische (ehemals Kommunistische) Partei mobilisierte mit ihrer Kampagne systematisch Frauen: „Frauen für den Wechsel“. Die Aktivistinnen dieser Bewegungen trugen gelbe Schals und stellten Kampagnen-Zelte an zentralen Stellen in verschiedenen Städten auf, um Frauen davon zu überzeugen, für einen Regierungswechsel zu stimmen. In der neuen Regierung wurden drei Ministerien an Frauen gegeben: neben den traditionellen Ministerien für Frauen, Soziales und Umwelt, auch das Innenministerium. Es bleibt abzuwarten, ob die linke Regierung in der Lage ist, ihr Programm, das Gleichberechtigung sichern soll, zu implementieren. Der politische Konsens unter den ungarischen Politikern, der Europäischen Union beizutreten, mag allerdings Möglichkeiten für die internationale Gemeinschaft schaffen, die Organisation von Frauenfragen in Ungarn zu

fördern. Die einflussreichen Lobbygruppen und Netzwerke fehlen, aber der soziale Bedarf ist vorhanden.

Stellt die Europäische Union Nachfrage her?

Eine Übersicht der Literatur osteuropäischer Autoren und Autorinnen zu Geschlechtergleichheit hinterlässt als ersten Eindruck die auffällige Abwesenheit von Analysen der EU-Geschlechtergleichheitspolitik. Abgesehen von den von offizieller Seite initiierten Übersetzungen von EU-Gesetzen und deskriptiven und daher selbstversichernden offiziellen Regierungsberichten, gibt es wenige pro-aktive Arbeiten, die die gemeinsamen Implikationen der EU-Erweiterung hinsichtlich der Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit bedenken (Pet_ 2001c). Die Berichte sind unkritisch gegenüber den EU Politiken und akzeptieren die Bedingungen nicht nur, sondern drängen ihre Regierungen auch, ihnen technisch zu entsprechen (Monitoring 2002).

Nach dem Erweiterungsprozess wird das Externe intern. Dies bedeutet auch, dass die komplexen Realitäten der postsozialistischen Geschlechterbeziehungen zu den schon dringenden Unsicherheiten und Inkonsistenzen der EU-Geschlechtergleichheitsnormen, insbesondere den Implementierungspolitiken, beitragen werden. Das intellektuelle Schweigen über solche Fragen ist umso verblüffender, wenn wir berücksichtigen, dass sich in den letzten zehn Jahren sehr aktive Diskussionen zwischen Frauen aus ‚Ost‘ und ‚West‘ über Prinzipien und Theorien direkter Anwendung von westlichen Geschlechtergleichheitsmechanismen und westlicher Geschlechtertheorie auf die post-kommunistische Realität entwickelt haben. Einige feministische Intellektuelle im ‚Osten‘ opponierten gegen die Art und Weise und den Stil mit dem ihre westlichen Schwestern in den ‚östlichen‘ sozialen Raum eindringen, den sie als leer empfanden. Siklova postulierte:

„We object to some of the Western feminist’s insensitive conduct towards us [...] this sometimes reminds us of the attitudes of apparatchiks or of those imparting political indoctrinations” (zitiert nach Watson 2000: 379).

Während Aktivistinnen und Forscherinnen in emotional hitzigen Gedankenaustausch engagiert waren, stimmten ihre Regierungen während der Erweiterungsgespräche (ich würde sagen, unbedacht) dafür, sich den bis dahin existierenden legalen technischen Mechanismen anzupassen, die Geschlechtergleichheit herzustellen. Während der Erweiterungsgespräche zwischen der EU Delegation und den nationalen Regierungen – nicht nur Ungarns, sondern aller Beitrittsländer – wurden formale technische Kriterien aufgestellt, wie Geschlechtergleichheit gemessen und wie sie in diesen

Ländern erreicht werden sollte, ohne allerdings explizit die politischen Implikationen, Konsequenzen und Kosten dieser Versuche historische Diskriminierungsmuster zu verändern, zu bedenken. Während dieser Erweiterungsgespräche wurden weder mögliche Sanktionssysteme, noch der institutionelle Rahmen definiert. Der Vertrag von Amsterdam (1997) definiert die beiden Komponenten des *acquis* als 1. Anti-Diskriminierungs Gesetzgebung und 2. Geschlechtergleichheitsmechanismen. Die Regierungen der Beitrittsländer interpretierten die Norm der Geschlechtergleichheit im Rahmen der Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung und den Bereich der Policy in dem diese Maßnahmen greifen sollen als Erwerbstätigkeit. Die Implementierung von Geschlechtergleichheitspolitik ist wegen der Übersetzung der Begriffe wie „sexuelle Diskriminierung“ und „indirekte Diskriminierung“ nicht nur linguistisch sondern auch institutionell problematisch.

Es ist paradox, dass die Norm- und Gesetzgeber Mittel- und Osteuropas sich über die geschlechtsblinden Praktiken ihrer eigenen Regierungen beschwerten, während die EU Geschlechtergleichheitsmechanismen im Rahmen der Anti-Diskriminierungs Gesetzgebung von der gleichen nationalen politischen Elite akzeptiert wurden. Es ist umso verblüffender, wenn wir berücksichtigen, dass die aktuelle Forschung über Osteuropa betont, dass die letzten zehn Jahre eine alarmierende Verschlechterung der Position von Frauen in diesen Gesellschaften mit sich brachte und deren öffentliche, soziale und ökonomische Bedeutungen sich in der letzten Dekade deutlich reduzierten. Dieser soziale Prozess wird üblicherweise als die „Maskulinierung“ des post-sozialistischen Osteuropa beschrieben (Watson 1993). Insoweit Erwerbsbeteiligung oder politische Beteiligung betroffen sind, konvergiert in den letzten zehn Jahren die Position der Frauen im ‚Osten‘ mit der Position der Frauen im ‚Westen‘ hinsichtlich formaler Gleichheitskriterien.⁹ Die wirtschaftliche Stellung von Frauen in Osteuropa die wegen der Implementierung der Norm der Geschlechtergleichheit – nicht nur im Erwerbsbereich, sondern auch in den sozialen Diensten – sehr positiv war, verschlechterte sich erheblich.

Die Existenz der Europäischen Union mit ihrem supranationalen Charakter, universellen Werten und einem institutionellen System bedeutet eine erhebliche Herausforderung für die feministischen und andere Frauenbewegungen, die sich für ‚Normbesitzer‘ halten. Dies betrifft beispielsweise die sehr kontroverse Beziehung der feministischen politischen Theorie des Staates. Dieser wird von einer Gruppe von Forscherinnen als

9 Die Anzahl von weiblichen Parlamentsmitgliedern im ersten demokratisch gewählten ungarischen Parlament (7%) ging im Vergleich mit der „staatsfeministischer“ Periode (25%) dramatisch zurück und erreichte das gleiche Niveau wie beispielsweise in Großbritannien im gleichen Jahr (1990). Die gleiche Tendenz kann hinsichtlich der Frauenerwerbsbeteiligung beobachtet werden.

schützend und notwendig und von anderen als unterdrückende Form des Patriarchats angesehen. Darüber hinaus befindet sich die EU in einer konstanten Transformation von fast-staatlich und nicht-staatlich, was vom historischen Zeitpunkt und den Interaktionen der Governance-Ebenen innerhalb der EU abhängt (Petö 2001 c).

Der Wert der Geschlechtergleichheit kann nicht vom Feminismus und Feministinnen getrennt werden. Die Definition von Feminismus als einer Verpflichtung gegenüber sozialem Wandel scheint eine konsensuale Definition zu sein. Es hilft uns aber auch nicht, die verschiedenen Traditionen von osteuropäischen sozialen Bewegungen (als auch des Mittelmeerbereichs) zu verstehen, die nicht auf individuellem sondern relationalem Feminismus beruhen (Offen 1992, 2000). Im relationalen Feminismus definieren Frauen ihre soziale Position durch andere soziale Institutionen wie zum Beispiel die Familie in ihrer reproduktiven Kapazität, während der individuelle Feminismus die Argumentation von Menschenrechten nutzt, um unabhängig von biologischem Determinismus für Autonomie zu kämpfen. Diese verschiedenen Feminismen treffen im öffentlichen Diskurs in einer Doppelsprache zusammen: die Sprache der Gleichheit vs. die Sprache der Differenz. Wir müssen eine Antwort für die Frage finden, ob Geschlechtergleichheit durch Familienpolitik oder durch Frauenpolitik erreicht werden kann. Es wäre ein Fehler, die historischen Wurzeln zu unterschätzen, die der aktuellen Attraktivität der Sprache der Differenz, die von verschiedenen konservativen Europäischen Frauenbewegungen genutzt wird, zu Grunde liegt (Pet_ 2001c). Dieser Diskurs passt in die Regierungspolitik, die Gleichheit durch die Familie durch Sozialpolitik definiert. Ich würde argumentieren, dass die Neudefinierung von Bürgerschaft und Konservatismus für ein neues, erweitertes Europa eine dringende Aufgabe ist. Da – wie Meinungsumfragen zeigen – der EU nach ihrer Erweiterung große Anteile an weiblichen Wählerinnen mit ‚konservativen‘ Werten beitreten werden (Pet_ 2001a), erfordert diese Situation eine Modernisierung der Politik der Differenz.

Geschlechtergleichheitspolitik ist nicht unbedingt ein feministisches Unternehmen. Die problematische Definition von Gleichheitspolitik basiert immer noch auf einer komparativen Dichotomie, während sie strukturelle Nachteile relativiert. Institutionalisierte Geschlechtergleichheit kann sehr gut gegen internationale feministische Ziele genutzt werden. Um zum Beispiel die volle Übereinstimmung mit dem Geist der Direktiven zu sichern, wird in Ungarn die Einführung von Provisionen und positiven Programmen befürwortet, die eine faire Teilung der Lasten zwischen beiden Eltern hinsichtlich der Kinderbetreuung ermöglichen. Wenn solche Maßnahmen eingeführt werden, sollte der Staat aktiv eine stabile Arbeitsmarktposition von Frauen unterstützen, die Mütter werden. Diese Politik mag die exklusive Rolle von Frauen als Erziehenden in Frage stellen, ist aber eine immer noch

weit geteilt soziale Norm und Praxis in den meisten post-kommunistischen Ländern.

Die Unterstützung für die Einführung von Teilzeitarbeit kann das Leben von Frauen auf zwei radikal verschiedenen Weisen beeinflussen. Falls das Konzept von Teilzeitarbeit im „Differenz-Rahmen“ interpretiert wird und darauf abzielt, Frauen dazu zu ermuntern in ihrer traditionellen Geschlechterrolle treu zu bleiben, schwächt es Geschlechtergleichheit, anstatt sie zu stärken. Falls hingegen Teilzeitarbeit eine Option sowohl für Männer als auch für Frauen ist, die Pflichten als Eltern und Erwerbstätige zu harmonisieren, dann ist sie sicherlich ein progressives Mittel um Gleichheit zu erreichen. M.E. sollte letztere Entwicklung befördert werden und die politischen Maßnahmen sollten dazu dienen, Teilzeitarbeit nicht nur oder primär für Frauen, sondern für beide Geschlechter zu befördern. Falls die EU darin versagt, die konservativen und relationalen Traditionen von Gleichheitspolitiken anzuerkennen, die nicht notwendigerweise nur in den Beitrittsländern dominant sind, dann droht die Gefahr dieses soziale Ziel zu schwächen.

Die Implementierung von Geschlechtergleichheitsmechanismen ist auf der Basis einer Politik der Differenz einfacher umzusetzen, anstatt die Tradition der Politik der Gleichheit in den postkommunistischen Ländern neu zu bewerten. Dies würde zur Implementierung von speziellen Frauenförderungsprogrammen führen.

Weiterhin kann die Rhetorik auf kurze Sicht revolutionär, aber auf lange Sicht ineffektiv sein. Die Praxis ‚staatsfeministischer‘ Länder vor 1989 Gleichheit mit Prozentpunkten zu messen (Repräsentation von Frauen in verschiedenen Berufsgruppen) mag soziale Ungerechtigkeit sichtbar machen, stellt aber nicht das System in Frage, das die Ungleichheit hergestellt hat und überlässt die Korrekturmechanismen den gleichen Institutionen. Allerdings verifiziert dies die oft zitierte Metapher von Rees bezüglich der „Schritte der Marschierenden“, dass die Reformulierung der Politiken aus Sicht der Frauen auf einem essentialistischen Konzept von Differenz basiert (Rees 1998). Rees beschreibt Frauen in der Armee, die alle Prüfungen unter den gleichen Bedingungen wie Männer bestanden mit Ausnahme des Marschierens, da sie aufgrund des anderen Körperbaus schwerwiegende Verletzungen von den Schritten erlitten. Sie versuchten den weiten Schritten den Marschierenden zu folgen, was mit Schmerzen verbunden war.

Die Politik der Anerkennung ist eine wesentliche Voraussetzung für Identitätsformierung. Im Fall von Frauen sollten Selbstbewusstsein, Selbstwert, Respekt für eine Identitätsformierung über die Erkenntnis von Differenz erreicht werden. Allerdings hat der Konflikt zwischen einer Politik der Gleichheit und einer Politik der Differenz ernste Implikationen für die Geschlechtergleichheitspolitik. Im Fall der europäischen Identität, sollten Fragen gestellt werden, wie: Wie kann der Ort für Identitätsformierung

definiert werden? Wo soll die Politik der Anerkennung stattfinden? Wer konstruiert diese Differenzen? Wer definiert die Bedeutung der Unterschiede? Im Fall der EU sind es die starken und EU-Institutionen mit mehreren Ebenen, welche eine Europäische Identität fördern und das sich schnell entwickelnde Europäische Gesetz¹⁰ stellt die neuen „Spielregeln“ her.

Im Fall der Geschlechterungleichheit ist es mittlerweile höchst problematisch, eine dominante soziale Ungleichheit auf der Ebene der Europäischen Unions Politik aufrechtzuerhalten, wenn eine Myriade sozialer Ungleichheiten durch Rasse, Ethnizität, Klasse etc. konstruiert werden. Die Politiken der Anerkennung geben Geschlechtern und Kulturen, die die Kategorie ‚Frau‘ in Frage stellen, gleichen Status. Wegen der Unsicherheiten Geschlecht zu definieren, sind die sozialen und kulturellen Kosten des Mainstreams nie kalkuliert worden. Auch wurden die politischen Kosten, den Fokus von Frauenpolitik auf Geschlechterpolitik zu verschieben, nie erwähnt. Die Angst verschiedener Frauengruppen, finanzielle und politische Unterstützung der EU zu verlieren, mag paradoxerweise die Implementierung von *gendermainstreaming* blockieren und die ‚konservative‘ Definition von ‚Frauen‘ als biologisch verschieden, die ihre Wurzeln in der EU Tradition der ersten Phase von Geschlechtergleichheitspolitik hat, zu stärken (Bretherton 2001).

Weiterhin ist es mittlerweile offensichtlich, dass keine andere Gleichsetzung von sozialer Differenz so erfolgreich auf internationaler und nationaler Ebene in der EU institutionalisiert wurde wie die der Geschlechterdifferenzen. Die Bedeutung dieser Erfolgsstory liegt darin, dass Repräsentantinnen anderer sozialer Gruppen, die durch andere Differenzen konstruiert werden, auf der einen Seite versuchen die Strategien des *gendermainstreaming* zu kopieren. Auf der anderen Seite fassen sie dies als ein Nullsummenspiel auf, was ihre Lobbybemühungen auf verschiedenen Ebenen im Verhandlungsprozess sehr verletzlich macht.

In Ungarn war zum Beispiel das Behinderten-Gesetz erfolgreicher und wurde tatsächlich 2001 von Anti-Chancengleichheitsgesetzgebern als ein Beispiel dafür genutzt, nicht die Salami-Technik zu nutzen und die verschiedenen Ungleichheiten auf verschiedene Gesetze zu verteilen, sondern den konstitutionellen Rahmen zu behalten um alle Formen der Diskriminierung zu verbieten und die Umsetzung den untergeordneten Gesetzen zu überlassen. Die konservative polnische Regierung bezog sich allerdings auf einen Teil der EU-Gesetzgebung um den anderen Teil, die Chancengleichheitsgesetzgebung, zu blockieren (Bretherton 2001). Dies ist eine generelle Regierungspraxis in den Beitrittsländern: die Diskussion und

10 Dabei handelt es sich um ein neues Forschungsfeld.

spätere Einführung von Anti-Diskriminierungsgesetzgebung ohne Geschlechtergleichheitspolitiken zu berücksichtigen.

Allerdings kann die letzte Dekade Ungarns auch im Bereich der Chancengleichheit als die Dekade der formellen Anpassung an die Europäische Union betrachtet werden. Dies beinhaltet sowohl Anpassung, als auch zunehmende Diskriminierung. Die ungarische Gesetzgebung geht hinsichtlich des Prinzips der Gleichbehandlung, d.h. *de jure*, virtuell konform mit den EU-Direktiven. Nichtsdestotrotz ist die Implementierung dieser Maßnahmen in der Praxis, d.h. in der Situation hinsichtlich der Gleichbehandlung *de facto* weit davon entfernt, erfolgreich zu sein. Das gegenwärtige System des ungarischen Arbeitsgesetzes stellte einen essentiellen Rahmen für eine rechtliche Garantie von Chancengleichheit für Männer und Frauen bereit. Die meisten der relevanten Gesetze betreffen allerdings Diskriminierung im Allgemeinen und sind so formuliert, dass Geschlecht nur einer von mehreren Faktoren ist,¹¹ die die Grundlage für Diskriminierung sein mögen (Ungarn 2001). Während in anderen Bereichen die EU-Intervention von verschiedenen politischen Akteuren als unerwünscht betrachtet wird, wird die EU im Bereich der Geschlechtergleichheit dafür kritisiert, keinen normativen Druck im Interesse einer „imagined community“ (Anderson 1983), nämlich ‚der Frauen‘ auszuüben. Es stellt sich weiterhin die Frage, ob die EU-Direktive einfach als Unterstützung von Frauengleichberechtigung statt Gendergleichberechtigung verstanden werden soll, während die EU Frauengleichheitspolitik selbst aus widersprüchlichen Elementen besteht, die Chancengleichheit mit positiver Diskriminierung (mainstreaming) verbindet (Bretherton 1999). Die Machtfrage sollte dahingehend gestellt werden, welche Garantien es für die Implementierung der EU Gesetzgebung gibt, wenn nicht für die Einhaltung gesorgt wird. Ohne ein mögliches Sanktionssystem bleibt es auf der Ebene der guten Absichten, welche nationalen Regierungen welche Gendergleichheitsdirektive implementiert.

Im Fall der Europäischen Union ist der Druck, der von verschiedenen Ebenen der Frauenbewegung ausgeübt wird, insoweit wesentlich, als die Implementierung von Gendergleichheit betroffen ist (Mazey 1998). Der prägnanteste Charakterzug der Frauenbewegungen ‚des Ostens‘ ist die Entschiedenheit ihrer Reaktionen. Die Regierung oder die internationalen Frauenorganisationen und Netzwerke stellen eine Agenda auf und die Frauen an der Basis reagieren. Vielleicht hat Havelkova recht, zu argumentieren einer der Gründe warum es in Osteuropa keine organisierte Frauenbewegung gibt, bestehe darin, dass es dort keine „Fraueninteressen“ gibt: freie und legale Abtreibung, hohe Erwerbsbeteiligung, hohe Beteiligung an höherer Bildung (Havelkova 2000), die alle ein Erbe der „staatsfeministischen“ Periode sind. Mittlerweile ist dieses Erbe aber verschwunden und der Osten erreicht den Westen auf der Grundlage sinkender Erwerbstätigkeit und politischer

¹¹ Andere Faktoren schließen Rasse und Religion etc. ein.

Partizipation von Frauen. Es gibt einige, die immer noch für eine „Differenz“ des Ostens vom Westen argumentieren, in der Absicht, ihre Authentizität vor der eindringenden westlichen Theorie zu beschützen. Die Ergebnisse der europäischen sozialen Entwicklungen zeigen aber, unabhängig davon ob es sich um den Westen oder den Osten handelt, dass in Folge der Globalisierung eine Annäherung stattfindet. In diesem Sinn kommt die EU-Erweiterung zum bestmöglichen politischen Zeitpunkt, um die europäischen Frauen dazu zu zwingen, über mögliche Allianzen und Strategien nachzudenken.

Übersetzung aus dem Englischen von Silke Roth

Bibliographie

- Anderson, Benedict R. (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London.
- Balogh, Sándor (1975): *Parlamenti és pártarcok Magyarországon 1945–47 (Parliamentary and Party Struggles in Ungarn 1945–47)*. Budapest.
- Bretherton, Charlotte (1999): *Women and Transformation in CEEC: Challenging the EU's Women's policy?* In: Mannin, M. (Hg.): *Pushing Back the Boundaries. The EU and Central and Eastern Europe*. Manchester, S. 132-157.
- Bretherton, Charlotte (2001): *Gender Mainstreaming and EU Enlargement: Swimming against the Tide?* In: *Journal of European Public Policy* 8(1), S. 60-81.
- Cz. G. (2000): *Az utóbbi években megtört a civilek lendülete. ('In Recent Years the Increase of the NGOs Stopped')*. In: *Népszabadság* 9 June, S. 4.
- Hárs, Ágnes/ K_vári, György/ Nagy, Gyula (1991): *"Hungary Facing Unemployment."* In: *International Labour Review* 130(2), S. 165-175.
- Havelkova, Hana, (2000): *Abstract Citizenship? Women and Power in the Czech Republic*. In: Hobson, Barbara (Hg.): *Gender and Citizenship in Transition*. London, S. 118-138.
- Ilonszki, Gabriella (1998): *Representation Deficit in a New Democracy. Theoretical Considerations and the Hungarian Case*. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 31(2), S. 157-170.
- Kristeva, Julia (1987): *Stabat Mater*. In: Kristeva, Julia: *Tales of Love*. Trans. Leon S. Rondier. New York, S. 234-263.
- ILO (1987) *Economically Active Population 1950-2025*. Genf: ILO.
- Lang, Sabine (1997): *The NGO-ization of Feminism*. In: Scott, Joan/Kaplan Cora/Keats, Debra (Hg.): *Transitions, Environments, Translations: The Meanings of Feminism in Contemporary Politics*. New York/London, S. 101-120.
- Lévai, Katalin/ Kiss, Róbert (1997): *N_k a közéletben. (Women in Public)*. In: Lévai, Katalin/ Tóth, István György (Hg.). *Szerepváltozások. Jelentés a n_k és a férfiak helyzetéről. (Changing Roles: Report on Women and Men.)*. Budapest, S. 40-53.
- Mazey, Sonia (1998): *The European Union and Women's Rights: From the Europeanization of National Agendas to the Nationalization of an European Agenda*. In: *Journal of European Public Policy*, Vol. 5. No. 1 (March), S. 131-152.

- Monitoring (2002): Monitoring the EU Accession Process: Equal Opportunities for Women and Men. Overview. OSI Budapest, New York.
- Nagy, Gyula (2000): A n_k munker_-piaci helyzete Magyarországon. (Labour market position of Women in Ungam.) Budapest.
- Neményi, Maria (1996): "Miért nincs Magyarországon nőmozgalom?" (Why there is no women's movement in Hungary). In: Hadas, Miklós (ed.): Férfiuralom: Írások nőkről, férfiakról, feminizmusról. (Patriarchy Writings on women, men and feminism) Budapest, S. 235-245.
- Offen, Karen (1992): Defining Feminism. A Comparative Historical Approach. In: Bock, Gisela/ James, Susan (Hg.): Beyond Equality and Difference, London, S. 79-88.
- Offen, Karen (2000) European Feminisms. A Political History. 1700-1950. Stanford.
- Pet_, Andrea (1997): Hungarian Women in Politics. In: Scott, Joan/ Kaplan, Cora/ Keats, Debra (Hg.): Transitions, Environments, Translations: The Meanings of Feminism in Contemporary Politics, New York, S. 153-61.
- Pet_, Andrea (1998): N_históriák. A politizáló magyar n_k történetéb_l 1945-1951. (Hungarian Women in Politics 1945-1951, auch erschienen als Pet_ 2003)
- Pet_, Andrea (1999a): Stimmen des Schweigens. Erinnerungen an Vergewaltigungen in den Hauptstädten des 'ersten Opfers' (Wien) und des 'letzten Verbündeten' Hitlers (Budapest). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 10, S. 892-914.
- Pet_, Andrea (1999b): Memory Unchanged. Redefinition of Identities in Post WWII Ungarn. In: CEU History Department Yearbook. 1997-98, Budapest, S. 135-53.
- Pet_, Andrea (2000): Frauenvereine in Ungarn (1945-1951). Vom Ende des Zweites Weltkriegs bis zur Zerstörung des Vereinswesens. In: Bandhauer, Irene/ Schöffmann, Claire (Hg.): Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Forum Frauengeschichte 23. Pfaffenweiler, S. 138-154.
- Pet_, Andrea (2001a): Konservative und rechtsextreme Frauen im heutigen Ungarn. Eine Ideologie im Übergang. In: Knezevic, Durdja/ Koraljka Dilic (Hg.): Women and Politics. Women in History/History Without Women. Zagreb, S. 467-478.
- Pet_, Andrea (2001b): Kontinuität und Wandel in der ungarischen Frauenbewegung der Zwischenkriegperiode. In: Gerhard, Ute (Hg.): Feminismus und Demokratie. Europäische Frauenbewegung der 1920er Jahre. Königstein, S. 138-159.
- Pet_, Andrea (2001c): Exporting Gender Norms to Eastern Europe. A Silent Revolution for All? Vortrag am European University Institute, Roberts Schumann Center for Advanced Studies, Florence, Italy auf dem European Forum 2001-2002: "Europe in the World the External Dimension of Europeanisation" am 29. November, 2001.
- Pet_, Andrea (2002) The History of Hungarian Women's Movement and Feminism. In: Griffin, Gabriele/ Braidotti, Rosi (Hg.): Thinking Differently. European Women's Studies Reader, London, S. 361-372. (auch in Pet_ 1998: S. 9-19).
- Pet_, Andrea (2003): Hungarian Women in Politics 1945-1951. New York.

- Pet_, Andrea/ Szabó, Szilvia/ Juhász, Borbála/ Hárs, Ágnes/ Gazsi, Judit (2002): Hungary. In: Griffin, Gabriele (Hg.): Women's Employment, Women's Studies and Equal Opportunities. Reports from nine European Countries. Hull, S. 340-394.
- Rees, Teresa (1998): Mainstreaming Equality in the European Union: Education, Training and Labour Market Policies, New York.
- Snow, David/ Benford, Robert (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilisation. in: Klandermans, Bert/ Kriesi, Hanspeter/ Tarrow, Sidney (Hg.): From Structure to Action, Greenwich, CT. S. 197-218.
- Szapor, Judith (1984): Les Associations féministes en Hongrie, XIXe-XXe siècle. In: Penelope pour l'histoires des femmes, 11, S. 169-74.
- Taylor, Verta (1989) Social Movement Continuity: The Women's Movement in Abeyance. In: American Sociological Review, 54, S. 761-775.
- Zimmermann, Susan (1997): Frauenbestrebungen und Frauenbewegungen in Ungarn. Zur Organisationsgeschichte der Jahre 1848–1918. In: Bea, S./ Sárdi, Margit/ Csokonai, Debrecen (Hg.): Szerep és alkotás (Role and Creation), Debrecen, S. 171–205.
- Vonyó, József (1997): Női szerepek a Nemzeti Egység Pártjában (1932–1939) ('Die Rolle der Frauen in der Nationalen Einheitspartei'). In: Bea, S./ Sárdi, Margit/ Csokonai, Debrecen (Hg.): Szerep és alkotás (Role and Creation), Debrecen, S. 279–90.
- Ungam (2001): National Report. EOWM Programme.
- Watson, Peggy (1993): The Rise of Masculinism in Eastern Europe. In: New Left Review Vol. 198. March/April. S. 71-82.
- Watson, Peggy (2000): Politics, Policy and Identity: EU Eastern Enlargement and East-West Differences. In: Journal of European Public Policy 7(3), S.369-384.